

Verlag: 6 mal wöchentl. mit 16 Blättern, 200 Seiten. Preis: 1,20 M. ...

Verlag: 6 mal wöchentl. mit 16 Blättern, 200 Seiten. Preis: 1,20 M. ...

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Verlag: 6 mal wöchentl. mit 16 Blättern, 200 Seiten. Preis: 1,20 M. ...

Verlag: 6 mal wöchentl. mit 16 Blättern, 200 Seiten. Preis: 1,20 M. ...

Breitscheids lahme Antwort

Tardieu und das Eläß

Kein Wort über die Preußenfrage — Mißglückter Versuch, Silberding zu entschuldigen

(Von unserem Mitarbeiter.)

Strasbourg, Anfang August.

Köln, 4. August.

In einer Funktionärerversammlung sprach am Sonnabend der bisherige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Breitscheid. Die Sozialdemokratie müsse verhindern, so führte er aus, daß aus der Kinderheit, die bisher hinter der Regierung ...

Sozialdemokratie in den Fragen der Finanz- und Wirtschaftspolitik und begründete die Ablehnung der Dechungsanträge. Er schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Zeit kommen werde, in der das Zentrum erkenne, daß nicht ohne und nicht gegen die Sozialdemokratie regiert werden könne. Das Wiedertreten besserer Einsicht werde der Wahlsieg der Sozialdemokraten beschleunigen. Bis dahin sei aber an der Gegenwart nichts zu ändern.

Der Abgang Poincarés als Ministerpräsident wurde feinerzeit in den weitesten Kreisen Eläß-Lothringens mit einem Gefühl unvorhergesehener Befriedigung aufgenommen. Poincaré ist ein Politiker der alten Schule, die sich überlebt hat. Er glaubte, Eläß-Lothringen mit Gewalt assimilieren und dessen stark entwickeltes Eigenleben zermalmen zu können. Er erlitt Schiffbruch, und die Einbringung eines Annetretrages am Tage nach dem Autonomiestreife von Befangen war das offizielle Eingeständnis des Mißerfolges. Aber Poincaré lernte trotz alledem nicht um; er ist zu alt, hat die nötige Komplexe nicht mehr und lebt noch ganz in den politischen Prinzipien, die maßgebend waren um 1900. Der jüngere Tardieu weichte in Eläß-Lothringen die Hoffnung einer Besserung, sowohl durch die Zusammenlegung seines Ministeriums als auch durch seine Regierungserklärung.

„Unsere sachliche Stellung ist so gut und so stark, daß wir es nicht nötig haben, zu dem Mittel unredlichster persönlicher Aufschwärzungen zu greifen. (Warum dann die grundlosen Angriffe gegen den Kanzler Brüning? D. Red.) Aber auf der anderen Seite sollte das Zentrum auch seine Empfindlichkeit nicht übertreiben. In jedem Wahlkampf wird gelegentlich über die Stämme geschlagen. Wenn wir gegeneinander aufrechnen, so ist es mir sehr zweifelhaft, wer das größere Schuldkonto hat.“ Die Frage, daß sachliche Kritik geübt werde, selbst auf die Gefahr hin, daß das Zentrum noch einmal mit dem Bruch der Koalition in Preußen drohe. Wenn Kasas dem Kabinett Müller Schwäche und Schlappeit vorwerfe, so müsse dem entgegengehalten werden, daß das Zentrum an der Regierung beteiligt gewesen sei. Als das Kabinett Müller seine Arbeit begonnen habe, sei es vor einen Zehnbetrag gestellt worden, der beinahe eine Milliarde betragen habe. Hierfür müßten aber die bürgerlichen Vorgänger Silberding, auch der Zentrumsfinanzminister Köhler, die Verantwortung tragen. Die Silberding'schen Vorschläge seien abgelehnt worden, und unter führender Mitwirkung des Zentrums, insbesondere Dr. Brüning's, seien Streichungen auf der Ausgabenliste vorgenommen worden, die sich nachträglich als unüberwindlich herausgestellt hätten. Siegerwald wolle den Klassenfiskal betrogen, der durch die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer hervorgerufen worden sei. Silberding zuckte. Er verschweige aber, daß die Lohnsteuer in Anwendung der Lex Brüning abgebaut worden sei.

Keine Antwort ist auch eine Antwort. Herr Breitscheid hat in seiner Rede die Preußenfrage vollkommen übergangen. Vielleicht hat ihm sein Parteifreund Braun einen Wink gegeben, nicht noch mehr Porzellan als bisher zu zerbrechen. In der Tat macht Breitscheid so etwas wie einen Versuch, die Entgleisungen der SPD-Politik zu entschuldigen, wenn er davon spricht, daß in jedem Wahlkampf über die Stämme geschlagen wird.

Daß Breitscheid versuchen würde, für die Fehler Silberding's die Koalitionspartner der SPD im Kabinett Müller verantwortlich zu machen, war zu erwarten. Dem ist entgegenzusetzen, daß jede Koalition ein Kompromiß darstellt, und daß keine Partei es verantworten kann, eine Staatsoberhäupter zu beschuldigen, nur weil eine andere Partei einen inkompetenten und unfähigen Menschen als Minister präsentiert hat. Beweis dafür, daß das von Zentrumseite (und auch in den Kreisen unserer Zeitung) oft genug ausgesprochene Urteil über Silberding richtig war, ist ja die Tatsache, daß schließlich die eigene Fraktion diesen wenig glücklichen Exponenten einer Machtgruppe jenseits gelassen hat. Silberding hätte 1928 noch mit Reichstagsmehrheit der Finanzminister Herr werden können. Statt dessen hat er zu den alten Fehlern einen hinzugefügt. Die Sozialdemokratie wird den Vorwurf nicht von sich abwägen können, daß unter ihrer Führung Deutschland in eine finanzpolitisch wie außenpolitisch unheilvolle Lage hineingemantelert worden ist.

Das Ministerium umfaßt keine ausgesprochenen Radikalfaktionen wie die Regierung Poincaré, dafür aber drei praktizierende Katholiken, die es offiziell ablehnen, die Laienpolitik als „latrokanthes“ Grundgesetz des französischen Staates anzusehen. Diese drei Männer (Pénot, Champetier de Ribes und Oberkirch) sind dem katholischen Eläß eine Garantie für eine tolerante Politik in religiöser Beziehung. Oberkirch, Abgeordneter von Schleithard, verbandt keine Aufnahme ins Ministerium rein persönlichen Rücksichten, die Tardieu auf seinen eigenen größten Wahlmacher im Kreise Belfort nehmen muß, und der seinen Freund Oberkirch aufwanz. Tardieu hätte Oberkirch lieber fallen lassen, und die Art und Weise, wie er ihn behandelte, beweist das mehr als viele Worte. Oberkirch ist von Beruf Arzt. Im vorangegangenen Ministerium war er Inhaber des neugeschaffenen Unterstaatssekretariats der Hygiene. Als dieses zu einem Ministerium erhoben wurde, hätte Oberkirch naturgemäß Minister der Hygiene werden müssen. Er bekam aber dieses Portefeuille nicht und auch sonst kein bedeutendes Amt. Um ihm zu erlauben, dem Ministerium anzugehören, schuf man in letzter Stunde das Unterstaatssekretariat für Maß und Gewicht und übertrug es ihm. Das ist ein harmloser Posten, auf welchem Oberkirch so gut wie fast gestellt worden ist.

Breitscheid meinte weiter, das Zentrum stelle sich immer mehr mit der Deutschen Volkspartei auf eine Linie. (1) Weiter schilderte der Redner die parlamentarische Tätigkeit der

Im Übrigen kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß Breitscheid darauf verzichtet hat die bisherigen unaufrichtigen und unbedingtesten Vorwürfe gegen das Zentrum wegen des Sturzes des Kabinetts Müller, der Reform der Arbeitslosen- und Krankenversicherung usw. zu wiederholen. Sollte der Wille zur Wahrheit allmählich bei der SPD zum Durchbruch kommen? Wir wagen das noch nicht zu hoffen.

Diese Behandlung erfolgte zum Teil auf Betreiben der eläßischen Volkspartei. Oberkirch hatte seine Minister-eigenschaft dazu benützt, um mit amtlichen Mitteln Propaganda für die Apsa, die national-meritale Partei, deren Präsident er ist, auf Kosten der alten, katholischen eläßischen Volkspartei zu machen. Tardieu erhob die Abordnung der eläßischen Volkspartei scharfen Protest. Sie drohten, dem Ministerium Tardieu die Unterstützung zu verweigern, wenn Oberkirch so weiterarbeiten würde. Tardieu sorgte für Remedur, und so konnte die eläßische Volkspartei für Tardieu stimmen. Die Regierungserklärung versprach Amnestie für die Opfer des Colmarer Komplottprozesses und die Realisierung verschiedener Wünsche der eläßischen Bevölkerung. Als Folge macht sich in Eläß-Lothringen eine merkwürdige Entspannung lang geltend, eine Beruhigung der Geister, wie sie seit langem nicht mehr zu beobachten war. Was kann aber heute als Erfolg gebucht werden? René Gillaoui, ein unparteiischer Beobachter und einer der wenigen Pariser Journalisten, welche für die besondere Lage des Eläß Bericht haben, stellt in seinem vortrefflichen Buche „Le Alsace à la France“, welches vor wenigen Wochen im Verlage der Editions Promothée in Paris erschienen ist, fest: „Im allgemeinen wird die Politik des Herrn Poincaré fortgesetzt. Weniger heiß, mit mehr Gelassenheit, man möchte sagen, mit mehr Gerechtigkeit. Leider ist die eläßische Frage nicht eine Sache der „politischen Küche“.“

René Gillaoui hat leider nur zu recht. Tardieu hat keinen Komplottprozess organisiert. Er unterläßt die Bekämpfung der Autonomisten mit Gewalt. Aber nicht aus Prinzip. Aus reinen Opportunitätsgründen. Pierre Laval, der speziell mit den eläß-Lothringischen Angelegenheiten betraute Minister, welcher 1926 die Sanktionen gegen die Beamten ergriff, die das Heimathundmanifest unterschrieben, erklärte sogar mit vielstündiger Offenheit, daß er wieder so handeln würde, wenn ihm dies nötig erseheine. In vielen Detailfragen hat die Regierung nachgegeben: Die Winger erhielten die seit langem geforderte Reform des Brenngeldes; die Arbeiter eine Verbesserung der Bestimmungen über die Rentenbezüge; die Beamtenpensionäre die seit Jahren verweigerte Anwendung der sozialen Bestimmungen des allgemeinen französischen Pensionsgesetzes vom 14. April 1924 auf den lokalen Beamtenstand; verschiedene Beamtenkategorien Erfüllung ihrer Sonderwünsche; die 1914—1918 von den französischen Truppen nach Annetfrankreich verschleppten

Preußen will sparen

Löbliche Vorzüge

Berlin, 4. August.

Von zuständiger preußischer Stelle wird die Nachricht des Berliner Lokalanzeigers, wonach der preußische Finanzminister im Namen der Staatsregierung ein Sparprogramm vorgelegt habe, das mindestens 100 Millionen Mark einbringen soll, bestätigt. Das preußische Finanzministerium schlägt in dem Entwurf die Einstellung von Volksschullehrstellen und die Zusammenlegung von Klassen der höheren Schulen vor. Das sich über drei Jahre erstreckende Programm rechnet mit der Einsparung von etwa 10 000 Volksschullehrstellen und mit der Umgestaltung der neunstufigen Lehranstalten in achtfufige.

Wie erläuternd zu diesem Entwurf bemerkt wird, ist eine Wiederholung des Personalabbaues von 1924 in keiner Weise geplant. Es sollen auch keine einzelnen Lehrer abgebaut werden. Vielmehr ist die Durchführung der Sparmaßnahmen so gedacht, daß die Einstellung von Junglehrern, deren Zahl sich augenblicklich in Preußen auf 10 000 bezieht, in Zukunft eingeengt wird. Der Bestand an evangelischen Junglehrern werde im Jahre 1931 und der an katholischen Junglehrern im Jahre 1935 aufgebraucht sein. Zur Begründung der Sparmaßnahmen wird folgendes Zahlenmaterial vorgelegt: Während sich die Zahl der Schulkinder heute auf 4,3 Millionen bezieht, habe es in der Vorkriegszeit unter Einfluß der verlorenen Gebiete 6,5 Millionen Schulkinder gegeben. Die Zahl der Lehrer sei dagegen von 117 000 auf nur 110 000, also verhältnismäßig schwach, gesunken. Für die Kürzung der neunstufigen höheren Lehranstalten um einen Jahrgang sei die Überlegung maßgebend, daß sich die Klassenfrequenz heute auf 38,7 Kinder belaufe, während sie in der Vorkriegszeit 63 Kinder betragen habe. Die Frist von drei Jahren

genüge nach Ansicht des Finanzministeriums, um Härten gegen die Lehrer zu vermeiden.

Es handelt sich hier zunächst um Vorschläge des preußischen Finanzministeriums, die den einzelnen Ressorts gemacht worden sind. Eine Stellungnahme der in Betracht kommenden Ressorts liegt noch nicht vor.

Brüning in Schlesien

Berlin, 4. August.

Reichskanzler Dr. Brüning ist am Sonnabend in Liegnitz eingetroffen. Ein Berliner Blatt hat an diesen Besuch die Bemerkung geknüpft, der Reichskanzler werde in Liegnitz seinen rednerischen Wählfeldzug eröffnen. Diese Mitteilung entspricht nicht den Tatsachen. Dr. Brüning wird vielmehr am Sonntag an einer Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei teilnehmen.

Dagegen wird der Reichskanzler sich am 8. August nach Köln begeben, um dort seinerseits in den Wahlkampf einzutreten. Am 10. August wird Dr. Brüning auf der Rückreise nach Berlin in Hagen Station machen und dort eine zweite Rede halten. Am 11. August, also am Tage der Verfassungsfest, wird Dr. Brüning wieder in Berlin sein und anlässlich der offiziellen Feierlichkeit im Reichstag eine Ansprache halten, während die große Festrede beim Reichstagsminister Dr. Wirth liegt.

Gehaltsklage gegen Nordwest abgewiesen

Düsseldorf, 2. August.

Die Klage wegen angeblicher Verletzung der Friedenspflicht durch den Abbau der übertariflichen Bezüge wurde heute vom Arbeitsgericht Düsseldorf abgewiesen. In der Begründung wird gesagt, daß die Friedenspflicht durch den konjunkturell bedingten Gehaltsabbau nicht verletzt sei. Die Bewertung der Leistung in der übertariflichen Bezahlung sei, wie es in der Begründung weiter heißt, dem Ermessen der einzelnen Werke überlassen und auch abhängig von der jeweiligen wirtschaftlichen Lage.